

Gemeinden muss endlich geholfen werden



Die Arbeiterkammer fordert mehr Geld für Gemeinden, damit Zukunftsinvestitionen und Arbeitsplätze gesichert werden.

Viele Gemeinden in Oberösterreich stehen finanziell vor dem Abgrund. Fast zwei Drittel der Kommunen haben ein Minus im Budget. Für AK-Präsident Dr. Johann Kalliauer ist das eine dramatische Situation und Anlass, erneut Hilfe einzufordern: „Für die Zukunft der Gemeinden und damit die Lebensqualität der Menschen muss dringend Geld bereitgestellt werden.“

Mit den guten Zeiten ist es vorbei, dringende Bauvorhaben können nicht mehr umgesetzt werden. „Die Gemeinden sind meist nicht selbst schuld an dieser Entwicklung, sondern Opfer explodierender Ausgaben und ständig zunehmender Aufgaben“, so Kalliauer. „Gleichzeitig sind die Einnahmen rückläufig.“

Mit einer Gemeinde-Milliarde könnten wichtige Vorhaben, die derzeit in der Warteschleife hängen, endlich

umgesetzt werden: Schulen, Kindergärten, Verkehrsprojekte und Altenheime. Damit könnten tausende Arbeitsplätze gesichert und neue Jobs geschaffen werden. Eine Neuregelung der Pflichtausgaben bei Spitälern und bei der Pflege steht ebenfalls dringend an.

Die Gemeinden stellen die Infrastruktur für das Zusammenleben der Menschen zur Verfügung. Und sie sind einer der größten Auftraggeber der Bauwirtschaft. „Daher muss rasch gehandelt werden. Alles andere wäre unverantwortlich“, so AK-Präsident Dr. Johann Kalliauer.

Eine Milliarde Euro, das ist viel Geld. Woher nehmen? Kalliauer: „Wenn große Vermögen endlich besteuert würden, dann stünde genügend Geld für unsere Gemeinden zur Verfügung!“



AK-Präsident Kalliauer

Bildung ist die Zukunft

Bildung beginnt nicht erst in der Schule. Deshalb haben wir – die Arbeiterkammer, die Industriellenvereinigung und die Linzer Kepler-Universität – bei unserer gemeinsamen „Initiative für ein besseres Schulsystem“ zunächst die frühkindliche Bildung durchleuchtet und konkrete Ziele erarbeitet. Die frühe Förderung, darüber sind sich alle Expertinnen und Experten einig, ist ungemein wichtig für spätere Bildungserfolge. Hier wird auch der Grundstein für echte Chancengleichheit gelegt.

Der Kindergarten soll aber nicht „verschult“ werden. Die Kinder sollen auch in Zukunft spielen, singen, basteln und Geborgenheit erleben. Aber sie sollen auch professionell in ihrer Entwicklung unterstützt werden.

Wir fordern Betreuungsplätze für mindestens ein Drittel der Unter-Dreijährigen bis spätestens 2015. Erweiterte Öffnungszeiten in den Kindergärten sind auch wichtig, da diese nicht nur die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern, sondern vor allem auch mehr Zeit für Frühförderung bringen. Kleinere Gruppen sowie mehr und besser ausgebildetes Betreuungspersonal sind notwendig. Und es braucht sofort speziell geschulte Fachkräfte für Gruppen mit einer hohen Anzahl von Kindern, die eine andere Muttersprache als Deutsch haben.

Hoch zufrieden

Sachkundig, verantwortungsbewusst, glaubwürdig – das sind Eigenschaften, die Mitgliedern am häufigsten einfallen, wenn sie zur AK befragt werden. Kein Wunder also, dass sie laut einer aktuellen IFES-Umfrage höchstes Vertrauen in ihre gesetzliche Interessenvertretung haben. Der Großteil weiß auch über die Angebote der AK – von der kostenlosen Rechtsberatung in Arbeits- und Sozialrechtsfragen über das Mitspracherecht bei der Gesetzgebung bis hin zum Konsumentenschutz – bestens Bescheid. Wer Rat und Hilfe sucht, bekommt sie unter anderem im Internet unter www.arbeiterkammer.com.

Bankgebühren

Eine Erhebung der AK Oberösterreich zeigt, dass die Banken gehörig zulangen und immer neue Gebühren in ihren Preisblättern auftauchen. Besonders häufig sind Beschwerden über hohe Gebühren bei Zahlungsschwierigkeiten, zum Beispiel 100 Euro für die Stundung einer Rate von 148 Euro bei der Sparkasse Oberösterreich. Bei bestehenden Verträgen sind Bankkunden/-innen vor willkürlichen Preiserhöhungen geschützt. Bei Neuverträgen sind Banken aber sehr einfallsreich. Hier müssen Kunden/-innen genau hinschauen, vergleichen und verhandeln. Weitere Informationen finden Sie unter www.ak-konsumenten.info.

Krank arbeiten

Die Wirtschaftskammer behauptet, immer mehr Krankenstände würden von Beschäftigten mitverschuldet oder sogar missbräuchlich in Anspruch genommen. „In Wahrheit ist es umgekehrt“, sagt AK-Präsident Dr. Johann Kalliauer: „Laut Arbeitsgesundheitsmonitor gehen erschreckende 41 Prozent der Beschäftigten krank zur Arbeit – aus Angst vor Konsequenzen.“ Die AK fordert daher: Schluss mit Unterstellungen und Angstmacherei!